

TOP 3.7.3 EU-Erweiterung

1. Beschreibung der Problematik

Die EU-Erweiterungsstrategie um neue Mitgliedsländer – derzeit liegt der Schwerpunkt in der Balkan-Region – wird von der Generaldirektion „Erweiterung und Nachbarschaftspolitik“ ungebremst vorangetrieben. Die europäische Erweiterungsstrategie ist zu einem fixen Bestandteil der EU-Politik geworden, sodass sie nicht mehr kritisch hinterfragt wird. Eine Diskussion darüber, wie nachhaltig die europäischen Grundwerte wie Demokratie, Menschenrechte sowie Meinungsfreiheit, etc. durch den Beitrittsprozess gewährleistet werden können, wird – wenn überhaupt – nur sehr begrenzt geführt. Die Gewerkschaften in den Ländern sind meist schwach und gespalten. Dem tripartiten Dialog bzw der Sozialpartnerschaft kommt eine untergeordnete Rolle zu. In den von der Europäischen Kommission vorgelegten jährlichen Fortschrittsberichten werden Gewerkschaften oder auch Sozialpartnerschaft nicht erwähnt und sind daher auch nicht Teil der Heranführungsstrategie. Die Gewerkschaften werden – wenn überhaupt – unter dem Begriff „Zivilgesellschaft“ subsumiert. Dies hat zur Folge, dass die ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen durch den Beitrittsprozess nur unzureichend profitieren können.

Die **Balkanregion** steht sozio-ökonomisch schwach da und verspricht nicht den Wachstumsschub, den die erste EU-Erweiterungsrunde 2004 ausgelöst hat. Realistischerweise ist davon auszugehen, dass die Beitritte weiterer Balkanländer – wie im Fall Kroatien – eine finanzielle Mehrbelastung sind, den Druck auf die Arbeitsmärkte erhöhen (wenn auch zeitlich verschoben aufgrund der Übergangsfristen zur ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit) und eine zusätzliche Belastung für die Transitrouten sein werden.

2. Einzelne Länder, geordnet nach derzeitigem Integrationsgrad

Mit **Kroatien** ist ein Land mit sozio-ökonomischen Problemen der EU am 1.7.2013 beigetreten. Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 11% gesunken und die Arbeitslosigkeit auf über 18%, bei den Jugendlichen gar auf über 50%, geklettert. Ein Drittel der 4,4 Mio KroatInnen leben in Armut bzw ist dementsprechend gefährdet. Das BIP liegt um 39% unter dem EU-Durchschnitt, womit Kroatien das drittärmste EU-Land nach Bulgarien und Rumänien ist. Das monatliche Durchschnittseinkommen liegt bei 756 €. Die jährlichen ausländischen Direktinvestitionen (FDI) sind im Vorjahr auf 20% des Niveaus von 2007 gefallen. Das Budgetdefizit beträgt derzeit 5% und die rasch steigende Staatsschuldenquote 57%. Hiermit droht Kroatien ein Defizitverfahren. Hohe Kosten verursachen das Rentensystem sowie ein großer öffentlicher Sektor. Die IWF- und Weltbankkredite haben von Kroatien tiefe Einschnitte in das soziale und KV-System eingefordert, was die Gewerkschaften nochmals geschwächt hat.

Die neue konservativ-populistische Regierung hat die **isländischen** Beitrittsverhandlungen, die seit Juni 2010 geführt wurden, abgebrochen. Sie will die bisherigen Ergebnisse kritisch evaluieren und anschließend die IsländerInnen nochmals über einen möglichen EU-Beitritt abstimmen lassen.

Die Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** (eröffnet 2006) sind in den letzten zwei Jahren zum Stillstand gekommen, sollen aber jetzt wieder aufgenommen werden. Im November soll es die nächste Beitrittskonferenz – nachdem NL ihr Veto zurückgezogen haben – geben. Als Fortschritt wird von der Kommission das Demokratiepaket der türkischen Regierung bewertet.

Seit 2010 verhandelt die GD „Erweiterung“ mit **Montenegro**. Zwei Verhandlungskapitel wurden schon abgeschlossen. Mit **Serbien** und **Albanien** sollen 2014 die Beitrittsverhandlungen eröffnet werden. Beide Länder erfüllen die Voraussetzungen hierfür: ein Stabilitäts- und Assoziationsabkommen mit der EU, Erfüllung der politischen Kopenhagen-Kriterien (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit); im Falle Serbiens Auslieferung der Kriegsverbrecher Mladic und Karadzic sowie Anerkennung der vollen Souveränität und territorialen Integrität des Kosovos.

Für **Mazedonien** empfiehlt die Kommission heuer zum 5. Mal die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Gespräche blockiert Griechenland aufgrund des Namensstreits. Mit dem **Kosovo** werden nach Normalisierung der Beziehungen zu Serbien die Verhandlungen für ein Stabilitäts- und Assoziationsabkommen aufgenommen, auch wenn nicht alle Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit anerkannt haben. Nur **Bosnien und Herzegowina** hat noch kein Beitrittsansuchen gestellt, da eine Annäherung an die EU innenpolitisch blockiert ist.

Die Europäische Kommission hat im Herbst eine wieder überarbeitete Erweiterungsstrategie vorgelegt. Diese sieht vor, dass frühzeitig Aktionspläne zur Justizreform und Umsetzung der Grundrechte, insbesondere zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption von den Beitrittskandidaten vorzulegen sind. Als Gegenleistung wird ihnen die **Visaliberalisierung** in Aussicht gestellt. Darüber hinaus will die Kommission verstärkt Augenmerk auf die Reform der öffentlichen Verwaltungen legen und insbesondere einen wirtschaftlichen „Governance-Prozess“ einleiten. Damit die Balkanstaaten zu funktionierenden Marktwirtschaften werden, sollen sie sich einer wirtschaftspolitischen Steuerung unterwerfen, wobei die Wirtschaftsreformstrategien gemeinsam mit internationalen Finanzinstitutionen formuliert werden. Diese interventionistischen Maßnahmen zielen erfahrungsgemäß auf den Abbau des Sozialstaates ab.

3. Position/Forderung der AK: Vertiefung bzw innere Konsolidierung vor Erweiterung

Die EU-Erweiterungsstrategie kann nur als ein soziales Projekt, wenn nämlich große Wohlstandsgefälle überwunden werden können, erfolgreich sein. Die sozioökonomische und demokratiepolitische Erweiterungsfähigkeit der Union muss anstelle von wirtschaftlichen Interessen im Fokus der politischen Entscheidungen stehen. Gerade die gegenwärtigen schwerwiegenden strukturellen Probleme der Union, die im Zuge der Krise offensichtlich geworden sind, machen deutlich, dass deren Lösung im Rahmen der bestehenden Mitgliedstaaten Vorrang vor übereilten Erweiterungen zukommen muss.